

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

27.05.2024

# Inhalt

## EWN

### 1 | **Wo wird das Atom-Endlager gebaut?**

*Augsburger Allgemeine Augsburg, 25.05.2024* ..... 3

## Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 25.05.2024 | S. 9

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Michael Kerler

### Wo wird das Atom-Endlager gebaut?

**Etwa 27.000 Kubikmeter hoch radioaktive Abfälle hat die Nutzung der Kernenergie in Deutschland hinterlassen. Doch wohin damit? Auch Standorte in Bayern kommen infrage. Sicher ist nur eines: Die Suche wird lange dauern.**

**Berlin.** Der Wind zerrt und zupft an den Fähnchen, die vor der Infobox aufgebaut sind, mitten in der Fußgängerzone. Dass hier nicht Werbung für eine Modekette oder einen neuen Energydrink gemacht wird, verrät das Strahlenwarnzeichen am Pavillon. Es ist das Bundesamt für Sicherheit in der nuklearen Entsorgung, das hier informiert. Zwei Tage im Mai war der Pavillon in Augsburg zu Gast. Passanten bleiben stehen, betreten die Box. Die Mitarbeiter wollen mit ihnen ins Gespräch kommen und informieren. Dann zieht das Team weiter in die nächste Stadt. Bis in den Herbst geht das so, schließlich geht es darum, sich mit einer der kniffligsten Entscheidungen zu beschäftigen, vor denen die Republik steht. Und einer der langwierigsten: der Suche nach einem Standort für ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle, die strahlenden Hinterlassenschaften des Atomzeitalters. Die Suche läuft bereits seit einigen Jahren. Und sie könnte noch Jahrzehnte dauern. Im Spiel ist auch Bayern.

Rund 60 Jahre dauerte die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland. Im Jahr 1961 speiste das Versuchskraftwerk Kahl in Unterfranken erstmals Strom ins deutsche Netz ein, es folgten zahlreiche andere Kraftwerke. In Bayern Gundremmingen, wo 1966 Block A in Betrieb ging, später Grafenrheinfeld bei Schweinfurt und das Kernkraftwerk Isar. Nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima im Jahr 2011 besiegelte die damalige Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP den Atomausstieg, im Jahr 2023 gingen die letzten Meiler vom Netz. Die Hinterlassenschaften: rund 620.000 Kubikmeter schwach und mittel radioaktiver Müll. Und rund 27.000 Kubikmeter hoch radioaktive Abfälle – überwiegend abgebrannte Brennstäbe, von denen starke Strahlung und Wärme ausgeht, weshalb sie in Spezialbehälter verpackt werden, die Castoren.

Wohin mit dem strahlenden Müll? Ins All? Fatal, falls eine Rakete abstürzt. Ins Eis? Mit dem Klimawandel hinfällig. Ins Erdinnere? Die Risiken sind nicht abschätzbar. Die radioaktiven Abfälle so aufbereiten, dass sie

weniger strahlen? Diese Methode der Transmutation gilt als nicht ausgereift. Bleibt eine Lösung: die Endlagerung tief unter die Erde. „Weltweit sind sich die Experten einig, dass Endlager in tiefen Schichten die beste Sicherheit für Mensch und Umwelt bieten“, sagt Christian Kühn, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Doch die Suche ist kompliziert. Und sie dauert.

Bereits im Jahr 2013 beschloss der Bundestag ein Gesetz zur Suche nach einem Endlager. Der Salzstock in Gorleben hatte sich als nicht geeignet erwiesen. Und dass man von nicht hundertprozentig geeigneten Standorten die Finger lassen sollte, hat die Asse, das marode Atomülllager für schwach und mittel radioaktive Stoffe, bewiesen. Dort dringt aktuell immer mehr Wasser ein und sucht sich neue, unbekannt Wege. Die Fachleute sind alarmiert. Der Zeitdruck steigt, den radioaktiven Abfall wieder hochzuholen, den man Fotos zufolge einst recht unbekümmert in das Salz gekippt hatte. Die Endlagersuche begann von vorn.

In einer ersten Phase hat die zuständige Bundesgesellschaft für Endlagerung 2020 die ursprünglich weiße Landkarte nach der Auswertung geologischer Daten eingegrenzt. Herausgefallen sind das Voralpenland und Gebiete am Rhein. Noch immer kommt ein großer Teil der Bundesfläche infrage. Eine weitere Eingrenzung ist nötig. Bald sollen enger umgrenzte Regionen feststehen: „Die Bundesgesellschaft für Endlagersuche, hat angekündigt, 2027 die obertägig zu erkundenden Standortregionen vorzuschlagen“, erklärt Kühn.

In einer zweiten Phase finden diese oberirdischen Erkundungen statt, weniger geeignete Gebiete werden ausgeschlossen.

Erst in einer dritten Phase werden mindestens zwei mögliche Standorte unterirdisch erkundet. Es wird gebohrt.

Am Ende soll ein Vorschlag übrig bleiben, entscheiden muss dann der Bundestag. Wann das sein könnte? „Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat Ende vergangenen Jahres 2046 als Best Case genannt – hieran gilt es sich zu orientieren“, sagt Kühn. Selbst wenn – im Idealfall also 2046 – ein Entschluss fällt, können nicht am nächsten Tag radioaktive Abfälle unter der Erde eingelagert werden. Planung, Genehmigung, Bau beginnen dann erst. Es könnte noch Jahrzehnte dauern, bis der letzte Behälter unter der Erde steht. Dann neigt sich das Jahrhundert wahrscheinlich dem Ende zu.

An der Infobox in der Fußgängerzone ist Interesse an der Endlagersuche da. Die Einbindung der Öffentlichkeit ist zentral. Stehen zum Beispiel erste Regionen fest, soll es Regionalkonferenzen geben, in denen die Bürger ihre Interessen einbringen können. Rund 70 Gespräche am Tag führt das Infobox-Team heute schon. Was ist der Stand der Dinge? Wie sieht ein Endlager aus?

Mehrere Hundert Meter in der Tiefe soll das Endlager einmal entstehen. Und Sicherheit für eine Million Jahre liefern. So hat es der frühere BASE-Präsident Wolfram König umrissen. Mehrere Gesteine kommen als Lagerort infrage. Tongestein, das es vor allem in Norddeutschland und in der Gegend zwischen Ulm und Stuttgart gibt. Steinsalz, das sich vorwiegend in der Mitte Deutschlands findet. Und Granit, der hauptsächlich im Süden Deutschlands ist.

Auch in Bayern finden sich passende Gesteinsschichten. Doch die Begeisterung hält sich in Grenzen. „Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geologisch geeigneter Standort für ein Atom-Endlager ist“, heißt es auch im neuen Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wäh-

lern. Andere Kritiker zweifeln, dass es überhaupt ein Endlager braucht. Es könnten neue technische Lösungen für den Atommüll gefunden werden.

„Derzeit erleben wir, dass die Endlagersuche etwas aus dem Blick gerät, aus mancher politischen Ecke sogar die Notwendigkeit eines sicheren tiefeologischen Endlagers infrage gestellt wird“, sagt Kühn unserer Redaktion. „Das halte ich für falsch, denn es gefährdet den Konsens der Standortsuche, auf die sich in Form eines Gesetzes eine breite politische Mehrheit im Bundestag geeinigt hat“, erklärt er. „Für alle Beteiligten muss es jetzt darum gehen, die Entscheidungsprozesse zu straffen, um möglichst schnell ein sicheres Endlager finden zu können“, mahnt er. „Die hoch radioaktiven Stoffe dürfen nicht in Vergessenheit geraten, denn erst mit einem Endlager in tiefen geologischen Schichten haben wir wirklich eine dauerhafte Sicherheit.“

Dem schließt sich auch Raimund Kamm an, Vorstand des Vereins „FORUM – Gemeinsam gegen das Zwischenlager“. Der Verein kämpfte für den Atomausstieg und fordert jetzt eine Lösung für die Abfälle. „An 16 Orten in Deutschland wird hoch radioaktiver, tödlich strahlender Atommüll oberirdisch in Zwischenlagern aufbewahrt“, mahnt Kamm. „Sie sind nicht terrorfest und – diese Worte lassen erschauern – nicht kriegssicher.“ Das Endlager sei deshalb „eine Hoffnung“.

Bisher ist nur eine kleine Zahl an Ländern bei der Endlagersuche für hoch radioaktive Abfälle weiter: In Finnland ist das erste genehmigte Endlager Europas im Bau. Die Schweiz hat einen Standort nahe der deutschen Grenze im Blick. In Frankreich ist ein Bauantrag für ein Endlager in Bure, einem Ort im Osten des Landes, gestellt worden. Erster Kostenvoranschlag: 25 Milliarden Euro.